

Die SVP zerzaust den Rasa-Gegenvorschlag und sagt Nein zur Atomausstiegsinitiative **SEITE 10**

Ein Blick zurück ins Jahr 1986, als ein Chemieunfall die Basler Bevölkerung in Todesangst versetzte **SEITE 11**

Kantone auf dem Weg zu Stabilität

Finanzhaushalte sind von Entlastungspaketen geprägt – weitgehend ausgeglichene Budgets für 2017

Meist ausgeglichene Budgets, mehr Investitionen, höhere Ausgaben. Die Haushalte der Kantone präsentieren sich 2017 weitgehend solid. Der finanzielle Spielraum wird aber zusehends enger.

JÖRG KRUMMENACHER

Der kleinste Kanton legt sein Budget meist zuletzt vor: Vergangenen Freitag hat die Regierung Appenzell Innerrhodens ihren Voranschlag für das kommende Jahr veröffentlicht und damit den Reigen der Budgetpräsentationen abgeschlossen. Was für Innerrhodens konstant gilt, trifft derzeit auf die meisten Kantone zu: Sie haben ihre Finanzhaushalte im Griff, Ausreisser nach oben und unten gibt es nur wenige. Die Entlastungspakete, die in den letzten Jahren geschürt werden mussten, haben ihre Wirkung entfaltet, wenn auch noch nicht überall.

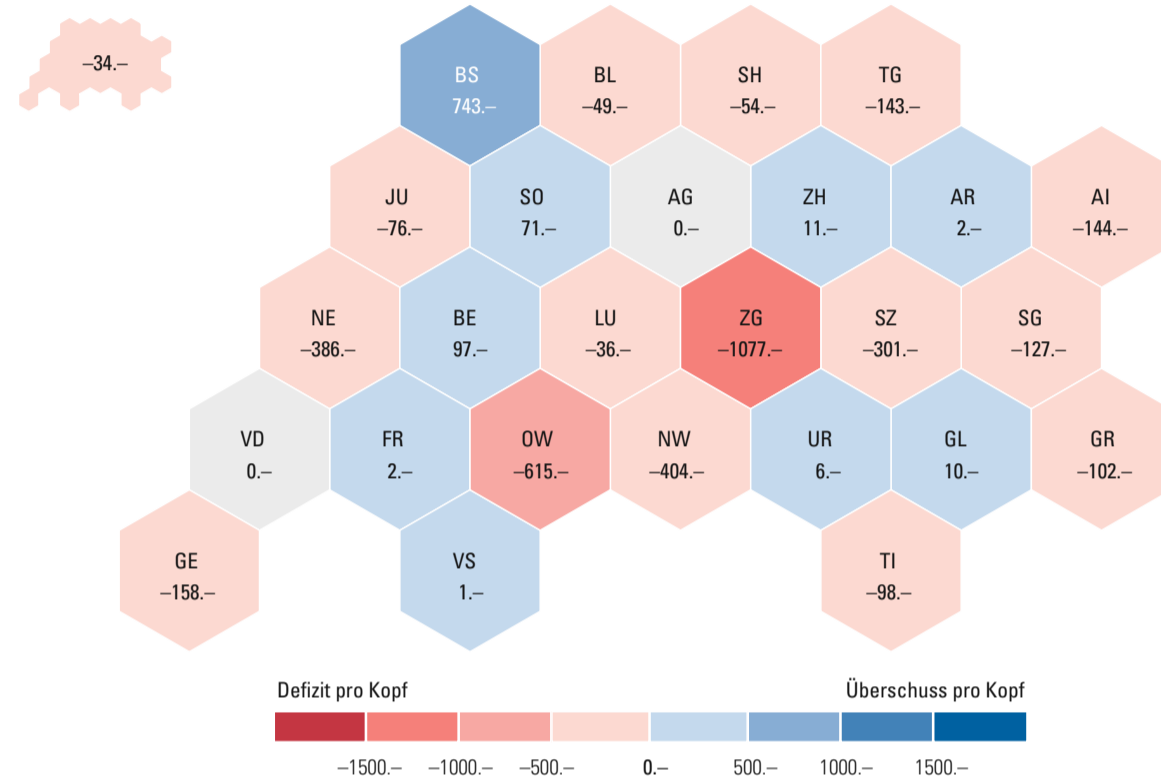
Zurückhaltende Budgetierung

Das für 2017 veranschlagte Minus von insgesamt 282,3 Millionen weist gegenüber den Budgets 2016 nur eine vernachlässigbare Differenz von 23 Millionen Franken aus. Das widerspiegelt einerseits die inzwischen erreichte Stabilität der meisten kantonalen Haushalte. Größere Ausschläge sind seltener geworden. Andererseits ist es Ausdruck einer vorsichtigen Haltung der Finanzdirektoren, die nur ungerne schwarze Zahlen voraussagen, um danach Defizite rechtfertigen zu müssen. Sie bevorzugen den umgekehrten Weg. Und selbstverständlich vergessen sie nicht, darauf hinzuweisen, dass die Budgets unter Druck seien, wie dies auch Charles Juillard aus dem Jura tut, der die Finanzdirektorenkonferenz präsidiert.

Ein Plus von über 100 Millionen Franken weist im Budget 2017 nur gerade Basel-Stadt aus, ein Minus von über 100 Millionen nur Zug, dessen Stimmvolk am 27. November über das zweite Paket eines Entlastungsprogramms abstimmen muss. Ausdruck der Stabilität ist die wieder gestiegene Investitionsbereitschaft der Kantone: Die Nettoinvestitionen werden für 2017

Budget der Kantone 2017

Saldi pro Kopf nach Kantonen



Im Schatten der Steuerreform

maa. · Von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der kantonalen Finanzhaushalte ist die Unternehmenssteuerreform III (USR III). Auf die Budgets des nächsten Jahres hat sie noch keinen unmittelbaren Einfluss: Das Volk wird am 12. Februar 2017 über die Reform befinden; bei Annahme würde sie frühestmöglich 2019 in Kraft treten. Doch umgekehrt ist durchaus denkbar, dass die teilweise immer noch angespannte Lage der Haushalte einen Einfluss auf den Abstimmungsausgang haben wird. Gerade in den von happigen Sparmassnahmen gebeutelten Kantonen dürfte es nicht einfach werden, eine Reform zu verkaufen, die neue Steuerausfälle bringt – obschon klar ist, dass sich die jetzige bequeme Rechtssituation wegen des internationalen Drucks nicht wird halten lassen.

Allerdings handelt es sich bei den Kantonen mit den schwierigsten Haushaltsituationen nicht unbedingt um die, die auch von der USR III besonders herausgefordert sein werden. Letztere sind Kantone, die einerseits eine hohe Anzahl an bisher privilegiert besteuerten Unternehmen (sogenannte Statusgesellschaften) beherbergen und die andererseits über hohe reguläre Steuersätze verfügen. Diese Kantone müssen die Sätze massiv senken, wollen sie die Unternehmen nicht verlieren – was namentlich in der Genferseeregion der Fall ist. So planen die Waadt und Genf Reduktionen von knapp 8 bzw. gut 10 Prozentpunkten. Auch Basel-Stadt wird seinen Satz deutlich senken (um 9 Punkte), dürfte aber zudem deutlich von der Patentbox profitieren. Besonders viele Statusgesellschaften gibt es auch im Kanton

Zug, dessen nächstjähriges Budget von allen das höchste Pro-Kopf-Defizit ausweist. Allerdings sind in Zug die regulären Steuersätze schon niedrig, so dass der Kanton sie nur wenig reduzieren muss (geplant sind -2,5 Punkte).

Insgesamt wird es sicher nicht ohne Steuerausfälle gehen. Der Bund sieht vor, die Kantone mit vertikalen Ausgleichsmassnahmen von anfangs rund einer Milliarde Franken zu unterstützen, um damit einen grossen Teil der Ausfälle abzufangen. Genaue Angaben dazu lassen sich nur schon deshalb nicht machen, weil erst etwa die Hälfte der Kantone ihre Massnahmen angekündigt und erst zwei Kantone – die Waadt und Neuenburg – diese definitiv beschlossen haben. Einige Kantone werden sich noch beeilen müssen, wollen sie bis zum Jahr 2019 bereit sein.

mit 5,9 Milliarden Franken veranschlagt, 700 Millionen mehr als noch in den Budgets 2016. Einen allerdings weniger erfreulichen stabilen Anstieg gibt es auf der Aufwandseite: Die Ausgaben steigen trotz Sparbemühungen um 1,8 Prozent auf 88,9 Milliarden Franken. Die Kostentreiber sind seit Jahren dieselben: Gesundheitswesen, Bildung, Soziales. Erstmals müssen 2017 alle Kantone, wie es das Krankenversicherungsgesetz vorschreibt, 55 Prozent der Kosten für die stationäre Spitalpflege übernehmen.

Starke Differenz in St. Gallen

Die hier publizierten Saldi der Budgets sind um Einmaleffekte bereinigt. Diese ergeben sich durch Bezüge von Eigenkapital, Entnahmen und Einlagen von Reserven oder durch ausserordentliche Ereignisse wie die Ausfinanzierung von Pensionskassen. Lässt man diese Bereinigungen ausser acht, rechnen die Kantone für 2017 sogar mit einem leichten Plus von 100 Millionen Franken. Der markanteste Unterschied zeigt sich im Kanton St. Gallen: Dessen Budget weist offiziell ein Plus von 285 Millionen Franken aus, in bereinigter Form aber ein Minus von 64 Millionen. Grund sind die Spitalimmobilien, für die ein markanter Aufwertungsgewinn eingesetzt wurde.

Der Spielraum der Kantone bei Sparmassnahmen oder steuerlichen Massnahmen ist enger geworden. Das Stimmvolk reagiert sensibel, wie das Beispiel Schaffhausen zeigt, wo diesen Sommer alle fünf Sparvorlagen verworfen wurden. Oder Schwyz: Dort sagte das Stimmvolk im September klar Nein zur Flat-Rate-Tax. Offen ist, ob die Regierungen in den Kantonen Aargau, Luzern und Schwyz ihre für 2017 beantragten Steuererhöhungen durchbringen.

Immerhin konnten die Kantone für 2017 die Gewinnausschüttung der Nationalbank wieder fix einrechnen. Auch für die Folgejahre ist davon auszugehen, dass Bund und Kantone eine Milliarde Franken erhalten; den Kantonen stehen dabei zwei Drittel zu.

Als Unsicherheit bleiben die schwankenden Zahlungen aus dem Finanzausgleich. Am stärksten betroffen ist diesmal der Kanton Luzern: Er erhält 2017 gleich 63 Millionen Franken weniger, während dem Kanton Wallis 57 Millionen mehr in die Kasse fliessen.

Ein Präsident auf Mission

Trotz Sitzverlusten im Aargau und in Basel-Stadt verbreitet CVP-Chef Gerhard Pfister an der Delegiertenversammlung ungebrochenen Optimismus

HEIDI GMÜR, MORSCHACH (SZ)

Am Willen und Engagement des neuen Parteipräsidenten wird es nicht liegen, wenn die CVP die Trendwende bei den nationalen Wahlen 2019 nicht schaffen sollte. Gerhard Pfister arbeitet wie ein Berserker für die Partei, deren Wähleranteil sich auf nationaler Ebene seit den 1980er Jahren auf 11,6 Prozent fast halbiert hat. Für die Delegiertenversammlung vom Samstag wählte die CVP mit Morschach einermassenen sicheres Terrain: Im Kanton Schwyz ist sie mit einem Wähleranteil von 27 Prozent immerhin noch die zweitgrösste politische Kraft hinter der SVP. Allerdings hat sie dieses Jahr auch hier zwei weitere Prozentpunkte eingebüsst. Hinzu kamen vor einer Woche neuerliche Sitzverluste in den Kantonen Aargau und Basel-Stadt.

Katerstimmung herrschte bei den rund 300 Delegierten dennoch nicht. Und das Vertrauen in den neuen Präsidenten haben sie auch noch nicht ver-

loren. Dieser bewies sich denn auch erneut als guter Verkäufer, indem er die jüngsten Wahlergebnisse im positiven Sinn als «bemerkenswert» bezeichnete, habe die CVP doch immerhin ihre Regierungsräte bereits im ersten Wahlgang ins Trockene bringen können.

Ohnehin verbreitete Pfister – faute de mieux – ungebrochenen Optimismus. Er sei überzeugt, dass die CVP «spätestens bei den Wahlen 2019 wieder Erfolg haben wird». Und man solle sich nicht beirren lassen: «Wenn man die Schweiz als Erfolgsmodell und schönstes Land der Welt bewahren will», dann brauche es die CVP – denn welche Partei, wenn nicht die CVP, habe die Vielfalt, den Ausgleich und die Lösungen in der Politik in ihren Genen?

Trotz zahlreichen Seitenhieben gegen die Medien, wie man sie in dieser Intensität bisher nur von Christoph Blocher kannte, freute sich Pfister darüber, dass die CVP in ebendiesen Medien wieder vermehrt stattfindet. Zuletzt mit der von

ihm persönlich angerissenen Wertedebatte. Er blieb dabei allerdings auch vor den Delegierten vage – und beeilte sich zu erklären, dass man mit dieser Debatte «weder ausgrenzen noch verharmlosen» wolle. Trotz – vielleicht auch wegen – den eher allgemeinen Forderungen nach der Verteidigung des Rechtsstaats und «unserer christlich geprägten Kultur» resoniert das Thema offenbar

gut mit der Basis; die Delegierten dankten Pfister die Ausführungen jedenfalls mit dem ersten Szenenapplaus.

Wo es bei der CVP noch Luft nach oben hat, ist bei der Debattierlust. Vor der Parolenfassung zur Atomausstiegsinitiative der Grünen, die am 27. November zur Abstimmung kommt, ergriffen gerade einmal zwei Delegierte das Wort. Mit 178 zu 69 Stimmen bei 7 Ent-

haltungen folgte die Basis anschliessend der Nein-Parole des Parteivorstands. Eine kontradiktorische Diskussion zur Unternehmenssteuerreform III überliess man vier Schülern, woraufhin die Delegierten mit 198 zu 24 Stimmen die Ja-Parole fassten. CVP-Bundesrätin Doris Leuthard präsentierte die Vorlage zum Strassenfonds, dem die Delegierten sogar mit 224 zu 5 Stimmen zustimmten.

Neuer Vorschlag zur Umsetzung der Zuwanderungsinitiative

gmü. Bern · Der Vorschlag des Schweizerischen Arbeitgeberverbands (SAV), von Arbeitgebern, die EU-Ausländer anstellen wollen, als Ultima Ratio eine Gebühr zu verlangen, wird eher zurückhaltend aufgenommen. FDP-Ständerat Andrea Caroni gibt zwar an, die Idee auf ihre Kompatibilität mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen (FZA) zu prüfen. Er bevorzugt tendenziell aber den

Weg über höhere Sanktionen für Arbeitgeber, wenn diese die – geplante – Pflicht, arbeitslosen Inländern einen Vorrang einzuräumen, verletzen. CVP-Ständerat Pirmin Bischof meint, man könne über den Vorschlag «sicher diskutieren». Auch er will aber primär dafür sorgen, dass der Vorrang arbeitsloser Inländer wirkungsvoller ausgestaltet wird. Und selbst Economiesuisse will die Idee des

SAV nicht tel quel gutheissen. Die Einführung einer Gebühr sei eine von zahlreichen Möglichkeiten, heisst es beim Wirtschaftsdachverband. Zentrale Bedingung sei die Einhaltung des FZA. Weil man aber die Konsequenzen noch nicht im Detail habe prüfen können, habe man auch noch keine Position dazu bezogen. Die ständerätliche Kommission berät das heisse Dossier Anfang Woche.